



Kulturausschuss

7. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

Stenograf:in: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Musikunterricht in Not	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/702	1

Der Ausschuss erzielt Einvernehmen, zum Antrag der CDU kein Votum abzugeben. Außerhalb des CDU-Antrags gibt der Ausschuss folgende allgemeine Stellungnahme ab:

Der Kulturausschuss begrüßt einstimmig alle Maßnahmen, die eine Verbesserung des Musikunterrichts zum Ziel haben und vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschlossen werden.

^{*)} nichtöffentlicher Teil mit TOP 6 siehe APr 13/230

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 (1. Ergänzungsvorlage) und 13/750 (2. Ergänzungsvorlage)

in Verbindung mit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/402 und 13/620

Vorlage 13/444

11

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Bericht des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport zur 2. Ergänzungsvorlage

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sowohl zur mittelfristigen Finanzplanung als auch zum GFG kein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss abzugeben.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ohne weitere Aussprache unverändert an.

Alle Änderungsanträge und Abstimmungsergebnisse zu Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - sind der *Anlage* zu entnehmen.

Der Ausschuss stimmt in der Gesamtabstimmung dem Einzelplan 14 bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen - mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Zum Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung - beschließt der Ausschuss bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich einvernehmlich, kein Votum abzugeben.

- 3 Aktuelle Aufgaben der nordrhein-westfälischen Staatsarchive 13**

Staatssekretär Morgenstern (MSWKS) berichtet.

- 4 "Streit um das Mindener 'Keil-Stück' - Kunst im öffentlichen Raum!" 15**

Der Ausschuss beschließt nach längerer Diskussion einvernehmlich, gemeinsam mit Minister Dr. Vesper einen schriftlichen Appell für einen seriösen Umgang mit Kunst und gegen eine Zensur zu formulieren.

- 5 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

19

Der Ausschuss vereinbart, einen Bericht des MSWKS abzuwarten und sich dann über das weitere Verfahren zu verständigen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 (1. Ergänzungsvorlage) und 13/750 (2. Ergänzungsvorlage)

in Verbindung mit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/402 und 13/620

Vorlage 13/444

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sowohl zur **mittelfristigen Finanzplanung** als auch zum **GFG** kein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss abzugeben.

Staatssekretär Morgenstern (MSWKS) trägt vor:

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, besteht die **2. Ergänzungsvorlage** im Wesentlichen aus drei Blöcken:

Einmal hatten wir noch die Gründung des Bau- und Liegenschaftsmanagements umzusetzen. Das hat ja Auswirkungen in allen Einzelplänen gehabt.

Darüber hinaus war noch einzustellen der Überschuss aus dem Haushaltsjahr 2000 und dessen Verwendung.

Und als dritter großer Block musste auch noch über die Verteilung der Oddset-Wetten beschlossen werden. Da hat es aber auch nach der 2. Ergänzungsvorlage in den Fraktionen noch intensive Beratungen gegeben. Meines Wissens gibt es auch eigene Anträge. Dazu will ich keine Ausführungen machen.

Zum Kulturhaushalt: Dort haben sich Änderungen ergeben im Kapitel 14 510 - Denkmalpflege. Diese Beträge sind erhöht worden. Das betrifft die landeseigenen Kirchen, die Patronate. Diese Erhöhungen kommen dadurch zustande, dass der BLB ja nicht mehr wie in der Vergangenheit als Staatliche Bauverwaltung unentgeltlich tätig ist, sondern jetzt ja für seine Leistungen Honorare aus dem Haushalt bezieht. Infolge dessen mussten die Honoraransätze hier auf diese Kapitelansätze draufgepackt werden.

Das trifft auch zu für Kapitel 14 530 - Schloss Augustusburg und Schloss Falkenlust in Brühl.

Bei den Staatlichen Archiven sehen Sie in der 2. Ergänzungsvorlage noch die benötigten Mehrausgaben in Höhe von 450.000 DM für die Einführung des Systems VERA, Verwaltungs-, Erschließungs- und Recherchesystem für Archive.

Ebenfalls Honorarzuschläge für den BLB sind gemacht worden in Kapitel 14 620. Das betrifft die Kulturförderung. Gemeint ist hier speziell die Kunstsammlung NRW. In diesem Zusammenhang gibt es auch eine Ergänzung im Haushaltsvermerk bei dem Zuschusstitel. Während wir bisher die kostenlose Nutzung des Grabbeplatzes für die Kunstsammlung ermöglicht haben, muss das jetzt auch um den Ausstellungsort Ständehaus erweitert werden. Das ist hier in der Ergänzung des Vermerks berücksichtigt.

Dann gibt es noch zwei wesentliche Ansätze, die den Neubau des Ständehauses betreffen. Einmal war noch eine Stellplatzverpflichtung - auferlegt von der Stadt Düsseldorf - zu erfüllen. Die war in den ursprünglichen Ansätzen nicht berücksichtigt worden. Und es ist der letzte Teilbetrag für den Neubau des Ständehauses auch jetzt wiederum um die Honoraransätze für den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu erhöhen gewesen. Das ist erfolgt.

Der **Ausschuss** nimmt den **Einzelplan 02** - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP ohne weitere Aussprache unverändert an.

(Alle **Anträge** und **Abstimmungsergebnisse** zu **Einzelplan 14** - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport - sind der *Anlage* zu entnehmen.)

Richard Blömer (CDU) hält jede Erhöhung von Kulturansätzen für erfreulich. Die CDU halte den Haushalt aber insgesamt für problematisch. In allen Bereichen stehe viel zu wenig Geld zur Verfügung. Wenn bei der Musikpflege und Musikerziehung 100.000 DM dazu kämen und bei der Theaterförderung 300.000 DM für Kinder- und Jugendtheater, dann sei das im Grunde genommen ein Dokument der Hilflosigkeit, denn es brenne überall.

Oliver Keymis (GRÜNE) bedauert, dass die CDU keine Erhöhungsvorschläge vorlege. Bei den Anträgen von SPD und Grünen handele es sich um den wirklich eifrigen Versuch, der Kultur auch in schwierigen Zeiten einfach etwas mehr Rechnung zu tragen.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) begrüßt die Unterstützung für das Haus Langenbroich.

Die Begründung für den fünften Antrag laute: Leichte Erhöhung zum Ausgleich der gestiegenen Kosten der kommunalen Orchester. Alle Kultureinrichtungen hätten das Problem der gestiegenen Personalkosten und Energiekosten. Bei leichten Erhöhungen handele es sich nur um einen Tropfen auf den heißen Stein. Eigentlich hätten Erhöhungen für alle kulturellen Einrichtungen vorgenommen werden müssen. Vor diesem Hintergrund falle es ihr schwer, einer Aufstockung der Mittel für die individuelle Künstlerförderung, Autorenresidenzen und neue Medien um 500.000 DM - Antrag Nr. 7 (SPD/Grüne) - zuzustimmen. Denn mit dieser Mittelaufstockung würden wieder Events unterstützt. Und der Breiten- und Basiskultur fehlten die Mittel.

Der **Ausschuss** stimmt in der **Gesamtabstimmung** dem **Einzelplan 14** bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich - einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen (*siehe Anlage*) - mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Zum **Einzelplan 20** - Allgemeine Finanzverwaltung -, zu dem keine Änderungsanträge vorliegen, beschließt der **Ausschuss** bezogen auf seinen Zuständigkeitsbereich einvernehmlich, kein Votum abzugeben.

3 Aktuelle Aufgaben der nordrhein-westfälischen Staatsarchive

Staatssekretär Morgenstern (MSWKS) berichtet:

Zunächst einmal bedanke ich mich dafür, dass Sie eben eine Erhöhung der Mittel für die Beschäftigung von Aushilfen im Bereich der Archive ermöglicht haben. Das ist nämlich eine der ganz aktuellen, aber sicherlich auch temporären Aufgaben, die die Archive doch jetzt stark in Anspruch nehmen. Das hat sich insbesondere im letzten halben Jahr so abgezeichnet und ist von uns auch nicht vorhergesehen worden. Deswegen haben wir im letzten Frühjahr diese Etatanmeldung versäumt.

Dies rollt tatsächlich jetzt auf die Archive zu. Wir haben in den letzten Monaten sehr viele Anfragen insbesondere aus osteuropäischen Ländern erhalten. Das erschwert die Arbeit zusätzlich, weil diese Anfragen, bevor sie bearbeitet werden können, noch übersetzt werden müssen.

Zukünftig ist, nachdem die Stiftungsverträge unterzeichnet sind und die Arbeit aufgenommen wird, ein etwas anderes Verfahren angedacht. Die Anträge sollen zentral beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen einlaufen, dort auch vorbearbeitet und übersetzt werden und dann an die Länderarchive verteilt werden. Wir rechnen nach jüngsten Schätzungen mit etwa 1 Million Anfragen beim ISD in Bad Arolsen. Wir

Anlage zu Vorlage 13/535

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Kulturausschuss
zum Haushaltsgesetz 2001
Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/BÜNDNIS GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 80 Förderung literarischer Zwecke</p> <p>Titel 685 80 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <p>von 985.000 DM um 92.000 DM auf 1.077.000 DM</p> <p>Begründung: Der Anstieg der Geschäfts- und Personalkosten der Literaturbüros macht eine Erhöhung um 50.000 DM erforderlich. Die restlichen 42.000 DM der Erhöhung sind Betriebskostenzuschüsse für das Haus Langenbroich. Das Haus Langenbroich dient der Unterstützung verfolgter Literaten aus aller Welt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/535

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung</p> <p>Titel 653 60 Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <p>von 9.050.000 DM</p> <p>um 100.000 DM</p> <p>auf 9.150.000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Leichte Erhöhung zum Ausgleich der gestiegenen Kosten der kommunalen Orchester.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/535

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14.620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 62 Theaterförderung</p> <p>Titel 685 62 Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theaterwesen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 8.232.000 DM</p> <p>um 300.000 DM</p> <p>auf 8.532.000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erhöhung dient der verstärkten Förderung des Kinder- und Jugendtheaters.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/535

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch</p> <p>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatz/cs</p> <p>von 1.813.000 DM</p> <p>um 1.000.000 DM</p> <p>auf 2.813.000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Erhöhung dient folgenden Zwecken:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufstockung der Mittel für Soziokultur um 300.000 DM 2. Aufstockung der Mittel für Internationale Kulturarbeit um 200.000 DM 3. Aufstockung der Mittel für individuelle Künstlerförderung, Autorenresidenzen und neue Medien um 500.000 DM 	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Kulturausschuss
zum Haushaltsgesetz 2001**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/535

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 600 Staatliche Archive, Archivwesen</p> <p>Titel 427 20 Vergütungen für Aushilfen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 20.000 DM</p> <p>um 200.000 DM</p> <p>auf 220.000 DM</p> <p>Begründung: Für die Entschädigungsverfahren ehemaliger ZwangsarbeiterInnen fehlen häufig die notwendigen Nachweise. Die Mittelerrhöhung ist erforderlich, um Anfragen der deutschen Stiftungsinitiative und ihrer ausländischen Partnerorganisationen über Beschäftigungszeiten ehemaliger Zwangsarbeiter zu beantworten.</p> <p>Deckung: Durch Absenkung der Titel 427 49 in Kap. 14 020 und 427 20 in Kapitel 14 071</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 427 49 Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>von 300.000 DM</p> <p>um 140.000 DM</p> <p>auf 160.000 DM</p> <p>Begründung: Deckung zur Aufstockung des Titels 427 20 in Kapitel 14 600</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
3	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 071 Landesinstitut für Bauwesen Titel 427 20 Vergütungen und Löhne für Aushilfen</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table data-bbox="542 627 662 806"> <tr> <td>von</td> <td>180.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>60.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>120.000 DM</td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung zur Aufstockung des Titels 427 20 in Kapitel 14 600</p>	von	180.000 DM	um	60.000 DM	auf	120.000 DM	<p>wurde als Deckungsvorschlag zur lfd. Nr. 1 zusammen mit lfd. Nr. 2 abgestimmt (s. o.)</p>
von	180.000 DM								
um	60.000 DM								
auf	120.000 DM								